

Der Kahlschlag der Küstenurwälder im Vorfeld neuer Holzeinschlagsregeln 2009

Erst eineinhalb Jahre nach der Unterzeichnung des „Great Bear Rainforest“-Abkommens begannen auch Greenpeace Canada, Sierra Club of Canada und ForestEthics langsam zu realisieren, dass sie in ihrer Gutgläubigkeit und blinden Naivität von den Forstkonzernen hereingelegt worden sind und den Schutz des Great Bear Rainforest einen schlechten Dienst erwiesen haben. Von den vagen Versprechungen der Forstkonzerne zum Ecosystem-Based Management wurde nichts in die Tat umgesetzt, doch es brauchte eineinhalb Jahre, bis erste vorsichtige und zögerliche Kritik geäußert wurde. Dies lag vermutlich daran, dass – wie schon 2001 – diese drei kollaborierenden Umweltschutzgruppen eine Art „Friedenspflicht“ mit den Forstkonzernen vereinbart hatten, d. h. Aktionen gegen Abholzungen wurden untersagt, ebenso das öffentliche Äußern von Kritik. Mit einer solchen Friedenspflicht, die sie sich vielleicht wieder abnötigen haben lassen, kassierten die Forstkonzerne die größte Trumpfkarte dieser Umweltschutzgruppen ein. Viele Beobachter berichteten, dass eine der Bedingungen, die den drei Gruppen auferlegt worden sind, ein Verbot jeder öffentlicher Klagen und Kritik an den Teilnehmern, insbesondere der Regierung und der Forstindustrie, gewesen war. Alle drei Gruppen schweigen sich verständlicherweise aus über solche Abmachungen, denen sie sich vermutlich unterwerfen mussten, aber anders war ihr handzahmes Verhalten, geduldiges Schweigen und bewusstes Wegsehen über so lange Zeit nicht zu erklären. Merran Smith von ForestEthics räumte schließlich ein: „Wir standen auf der Bühne und verkündeten der Welt einen neuen Schutzansatz für den Great Bear Rainforest. Diese Vereinbarungen drohen nun zu scheitern, weil ein Eckstein des Abkommens, das Ecosystem-Based Management, hinausgezögert wird. Wir sind müde vom vielen großen Reden, ohne dass Taten folgen“ (We stood on the stage and announced to the world a new conservation approach for the Great Bear Rainforest. These agreements are now at risk because a corner stone of the agreement, ecosystem-based management, is faltering. We are tired of big talk with no action). Valerie Langer von ForestEthics bemerkt: „Wir versuchen den Fortschritt zu beschleunigen ... Wenn wir keinen Erfolg haben wird es ein Desaster für die Umwelt geben ... und für die Umweltschutzbewegung“ (We are trying to spur progress ... if we don't have success it's going to be a desaster for the environment ... and for the environment movement). In Bezug auf die Verankerung des Ecosystem-Based Management räumte sie kleinlaut ein: „Wir haben ein strukturelles Problem“ (We have a structural problem). Nirgendwo auf der Welt habe man dies in großem industriellen Stile je versucht und niemand wisse genau wie dies funktionieren werde und wie dies überhaupt aussehen könne: „Die Industrie hier und die Regierung, die diese Industrie regelt, basieren beide auf der Aufrechterhaltung einer umweltschädigenden Holzeinschlagsrate. Sie wollen zu viel und zu schnell (einschlagen) und dies zu verändern ist eine wirkliche Herausforderung. Es erfordert eine Übergangsphase und die Umformung einer Industrie“ (The industry here and the government that governs that industry, and the economy, are all based on maintaining an unsustainable level of cut. They want to take too much, too fast – and changing that is a real challenge. It requires a transition and transformation of an industry). Auch Lisa Matthaus vom Sierra Club of Canada musste gestehen: „Wir sehen Kahlschläge, Erdrutsche, die gleichen alten Sachen. Zurzeit hat die Forstindustrie ein volumenorientiertes Modell und wir sprechen darüber, dies zurechtzurücken ... Es ist komplex, aber wir können uns vor diesem Problem nicht drücken und wir können es uns nicht leisten zu scheitern“ (We are seeing clear-cuts, landslides, the same old stuff. Right now the forest industry has a volume-driven model and we are talking about turning that on

its head ... it's complex, but we can't duck the problem and we can't afford to fail). Lediglich Amanda Carr von Greenpeace Canada glaubte unverbesserlich an ein ökologisch nachhaltiges Bewirtschaften des Regenwaldes. Wenn erst einmal das Ecosystem-Based Management umgesetzt sein wird – so berichtete sie – „... werden wir auf einem Stand sein, bei dem 70 % jedes Ökosystems im Wald mit altem Baumbestand zu jeder beliebigen Zeit vorhanden sein wird. Die Wissenschaft berichtet uns, dass dies ausreichend ist, um die Ökologie des Gebietes zu sichern“ (... we will be at a place where we have 70 % of each ecosystem type in old growth at any given time. The science is telling us that is enough to secure the ecology of the area).

Zu solch haarsträubenden Aussagen, die jede Fachkenntnis vermissen lassen, stellte Dr. Paul Paquet, Ökologe, Wissenschaftler und Wildtierspezialist der Universität Calgary schon 2006 fest: „Als Ökologe, der im Great Bear Rainforest arbeitet, sehe ich mich gezwungen, auf Behauptungen zu antworten, dass ‚Wissenschaft die Basis von Verhandlungen war‘, die zum „Great Bear Rainforest“-Abkommen geführt haben. Entgegen den Behauptungen von Vertretern von Greenpeace Canada und ForestEthics existiert praktisch kein Schnittpunkt zwischen der politischen Strategie, die sie aushandelten und dem, was nach Meinung der Wissenschaft geschehen muss, um den temperierten Regenwald mit altem Baumbestand und die damit verbundene Artenvielfalt in BC zu bewahren. Das Dilemma in der Naturschutz-Gemeinde, ist es, dass es eine riesige Lücke gibt zwischen dem, was diese Neo-Umweltschützer als das Beste betrachten, was man tun kann und dem, was Wissenschaftler sagen, was getan werden muss. Die Leitlinien, die Greenpeace und ForestEthics zum Ausdruck brachten, sind lobenswert, haben aber nichts zu tun mit der Anwendung ökologischer Wissenschaft, um eine nachträgliche umweltverträgliche globale oder regionale Wirtschaft sicher zu stellen, die diese Ideale unterstützen könnte. Die Trennung von Wissenschaft und Politik spiegelt die Ignoranz und Hybris wider, welche die geheimnistuerischen Verhandlungen dieses ökologisch nicht zu vertretenden Abkommens beeinflussten. Viele politische Grundsätze, die in dem Abkommen entworfen wurden, scheinen wenig mehr zu sein als spontan improvisierte Schutzexperimente, die auf bloßem Treu und Glauben basieren. Von einer wissenschaftlichen Perspektive aus mangelt es dem Abkommen gründlich an einer Schutzstrategie für die Küste British Columbias. Völlig übertriebene Werbeformulierungen, ungläubwürdig überzogene Versicherungen und eine angeblich nachhaltige industrielle Forstpolitik können nicht über die ausgehandelten Zerstörungen und den Verlust eines substanziellen Teils des letzten verbliebenen intakten Regenwaldes hinwegtäuschen. Dieses politische Abkommen fügt sich ein in die Tyrannei schlecht dastehender und auf unzureichenden Informationen beruhender Entscheidungen, die zu dieser globalen Umwelttragödie geführt haben, deren Zeuge wir heute sind. Das Küstenabkommen ist eine Parabel dafür, wie man einer Sache Schaden zufügt, indem man sich alle Mühe gibt, Gutes zu tun, was ernsthafte Fragen aufwirft nicht nur über die Rolle der Wissenschaft, sondern über die Ethik des Neo-Umweltschützer-Ansatzes innerhalb des Natur- und Umweltschutzes“. (Ottawa Citizen 08.12.2006; As an ecologist working in the Great Bear Rainforest, I am compelled to respond to claims that „science formed the basis for negotiations“ leading to the Great Bear Rainforest Agreement. Contrary to assertions by representatives of Greenpeace Canada and ForestEthics, virtually no intersection exists between the political strategy they negotiated and what science is saying needs to happen to conserve B.C.'s old-growth temperate rainforests and associated biological diversity. The dilemma in the conservation community is that there is a huge gap between what these neo-environmentalists say is the best we can do and what scientists say we must do. The guiding principles expressed by

Greenpeace and ForestEthics are laudable but have nothing to do with the use of ecological science to ensure an environmentally sustainable global or regional economy that might support those ideals. The disconnect between science and policy reflects the ignorance and hubris that influence the secret negotiation of this ecological untenable agreement. Many policies outlined by the agreement seem little more than impromptu experiments in faith-based conservation. From a scientific perspective, the agreement fails profoundly as a conservation strategy for Coastal British Columbia. Marketing hyperbole, exaggerated claims and putatively sustainable industrial forestry cannot salvage the negotiated destruction and loss of a substantial portion of the world's last remaining intact temperate rainforest. This political agreement adds to the tyranny of small and ill-informed decisions, which has resulted in the global environmental tragedy we witness today. The coastal agreement is a parable of doing harm by going to all lengths to do good, which raises serious questions not only about the role of science but the ethics of the neo-environmentalist approach to conservation.)

Schon als es sich abzeichnete, dass es der Forstindustrie gelingen wird, aus der Allianz aller Umweltschutzgruppen entlang der Küste Greenpeace Canada, Sierra Club of Canada und ForestEthics herauszubrechen und sie zur Kollaboration zu bewegen, wurden warnende Stimmen laut: Bereits 2004 warnte Anne Sherrod von der Valhalla Wilderness Society: „In Zukunft werden die Holzunternehmen im mittleren Küstenabschnitt, während sie ungeschützte Ökosysteme kahl schlagen, sich darüber amüsieren, dass zwei der größten Gruppen in BC, Greenpeace und Sierra Club, genauso wie ForestEthics, das seinen Sitz in den USA hat und Rainforest Action Network das Abkommen unterzeichnet haben. Diejenigen Gruppen, die fortfahren, am erweiterten Schutz der Küste zu arbeiten – wie Valhalla Wilderness Society, Raincoast, Forest Action Network und David Suzuki Foundation – werden von der BC-Regierung und der Holzindustrie blockiert werden, indem sie das Abkommen, welches von der RSP-Gruppe (Greenpeace, ForestEthics, Rainforest Action Network, Sierra Club of Canada – Rainforest Solution Project) unterzeichnet wurde, als längst gelaufenes Geschäft abtun werden“. Später, nach der Unterzeichnung des „Great Bear Rainforest“-Abkommens, stellte sie bitter fest: „Wie können Kollegen von Umweltschutzgruppen solidarisch sein, wenn einige von ihnen hinter dem Rücken der anderen Treffen mit den Holzeinschlagsfirmen abhalten und Entscheidungen fällen, die jeden von uns betreffen und diese solange geheim halten, bis man nichts mehr dagegen tun kann?“

Daniel Rubin von B.C. Pathways pflichtete ihr bei und stellte fest, dass dieser geheimniskrämerische Verhandlungsprozeß unter Ausschluss der anderen Gruppen einen schlimmen „Kollateralschaden“ in der gesamten Umweltschutzbewegung von BC angerichtet hat. Rückblickend wurde für ihn einiges klar: „Ich erinnere mich an McMillan von Interfor, der mir gesagt hat, dass die Forstindustrie einen Plan für uns (Umweltschützer) hat ... Es ist jetzt ziemlich offensichtlich, dass die gemeinsame Strategie darin bestand, die Umweltschutzbewegung zu spalten, indem sie sich entschieden, nur mit den ‚Pragmatikern‘ zu verhandeln und die anderen von uns außen vor und im Regen stehen zu lassen“. Auch seien schon vorab getroffene Abkommen mit Umweltschutzgruppen einfach von Tisch gewischt worden und nicht nur das, eine „Mauer des Schweigens“ ersticke jetzt eine offene Diskussion über das „Great Bear Rainforest“-Abkommen und wie es umgesetzt wird.

Langsam wird immer deutlicher, auf was sich die drei mit der Regierung kollaborierenden Umweltschutzorganisationen bei der Aushandlung des „Great Bear Rainforest“-Abkommens eingelassen haben und was die so viel gepriesenen neuen „Schutz“-Gebiete/Conservancies des Abkommens tatsächlich wert sind. Neben dem

bereits erwähnten Katabatic-Windpark-Projekt (North Coast Wind Energy Corp.) auf Banks Island, welches zumindest drei bereits bestehende Schutzgebiete stark beeinträchtigen würde, sind derzeit vier weitere Großprojekte in Planung: ein 71-Megawatt-Wasserkraftwerk am Nascall River, 55 km westlich von Bella Coola, welches das geplante 140.000 Hektar große Cascade-Sutslem Conservancy tangiert, ein Wasserkraftwerk am Klinaklini River, 150 km nördlich von Campbell River (geplantes Upper Klinaklini Conservancy), zwei Kraftwerke am Crab und Europa Creek, 50 und 70 km südlich von Kitimat (geplantes Europa Conservancy) und ein Kraftwerk am Europa Creek 80 km südöstlich von Kitimat, welches das gleiche Schutzgebiet beeinträchtigen würde. Ein Projekt der Stadt Prince Rupert für den Shawatlan River würde ebenfalls ein geplantes neues Schutzgebiet betreffen. Obwohl es eine gesetzliche Regelung gibt über Sinn und Zweck von Conservancies sowie deren potentielle Entwicklung bzw. Erschließung, werden diese Großprojekte jetzt vorangetrieben. Gemäß damaliger Regierungsversprechen sollten nur wenig beeinträchtigende lokale Flußkraftwerks-Projekte für benachbarte Gemeinden, die nicht am allgemeinen Stromnetz hängen, möglich sein. Im Park (Conservancy Enabling) Amendment Act, Bill 28, von 2006 wird festgelegt, dass Conservancies eingerichtet werden zum Schutz und zur Aufrechterhaltung ihrer biologischen Artenvielfalt und der natürlichen Umwelt, zum Schutz des sozialen, zeremoniellen und kulturellen Nutzens der First Nations, zum Schutz des Erholungswertes und um sicherzustellen, dass ihre Entwicklung oder der Nutzen ihrer natürlichen Ressourcen in einer nachhaltigen und schonenden Art und Weise geschieht.

Die Realisierung des Katabatic Windfarm-Projektes auf Banks Island wäre ein krasser Verstoß gegen diese gesetzlichen Grundlagen. Die Doppelbödigkeit des Regierungshandelns wäre offensichtlich. Einerseits werden neue „Schutz“-Gebiete ausgewiesen, andererseits wird unter Umgehung der selbst erlassenen Gesetze der industriellen Nutzung dieser Gebiete Tür und Tor geöffnet. Premierminister Campbell hatte einen Interviewwunsch der Vancouver Sun zu diesem Thema abgelehnt, wohl deshalb, um nicht mit solch einem krassen Erklärungsnotstand völlig bloßgestellt zu werden. Für die nicht gesetzeskonformen Flusskraftwerks-Projekte in den neuen Conservancies wurde eine besondere Lösung angestrebt. Die Regierung ließ prüfen, in wie weit die Grenzen dieser Conservancies noch so weit verschoben werden konnten, dass die geplanten Projekte realisiert werden können. Es sollte nicht mehr das unter Schutz gestellt werden, was von Natur aus besonders schützenswert ist, z. B. die unberührten Wasserläufe, sondern nur noch das, was der wirtschaftlichen Entwicklung momentan nicht im Wege stand. Angesichts dieser Umstände beschuldigte Ian McAllister die Regierung: „Premier Gordon Campbell weicht komplett von seinem Versprechen ab, diese Küste zu schützen“. (Premier Gordon Campbell is completely going back on his promise to protect this coast).

Die Ausweisung des Cascade-Sutslem Conservancy schien vom Umweltministerium wegen des geplanten 200-Millionen CAD-Wasserkraftwerks am Nascall River einige Zeit blockiert worden zu sein. Die Heiltsuk First Nations, in deren traditionellem Stammesgebiet der Nascall River liegt und die Stromerzeuger sollten sich auf eine Verschiebung der Grenzen des Schutzgebietes einigen, damit das Projekt realisiert werden kann. Ansonsten würden die Conservancy-Pläne auf Eis gelegt. William Gladstone, Häuptling des Heiltsuk-Stammesrates, sieht sich dem Druck des Umweltministeriums ausgesetzt: „When you designate an area to be protected, that's what it is, protected. It's spelled out clearly in the agreement that we have, that there will be no hydro development, logging or other commercial endeavours that would compromise the protected area“. Ian McAllister beschreibt die Ausmaße dieses geplanten Kraftwerkprojektes auf die Natur: „This is in fact flooding one of the most spectacular, intact lake systems on the B.C. coast. They're planning on flooding

it as deep as 10 – 15 meters. Entire first nations seasonal villages would be flooded. Large tracts of forest could be lost. It would completely alter the entire lake system”.

Greenpeace Canada hielt sich mit seiner Kritik an all diesen Entwicklungen auffallend zurück – wohl wegen des internen Stillhalte-Abkommens. „Wir beobachten die Situation und lassen es die Amtspersonen wissen, wenn wir das Gefühl haben, dass die Vorschläge im Widerspruch stehen zu der Conservancy-Gesetzgebung – dass die Artenvielfalt erhalten wird“, sagte Amanda Carr von Greenpeace. (We’re monitoring the situation, letting officials know when we feel that the proposals are inconsistent with the conservancy legislation – that biodiversity be maintained). „Die Integrität der Conservancies steht an erster Stelle im „Great Bear Rainforest“-Abkommen. Es ist offenkundig, dass eine riesige Windfarm oder Hochspannungsleitungen ... nicht meiner Vorstellung von dem entsprechen, was ein Schutzgebiet ist“. (The integrity of the conservancies is paramount to the Great Bear Rainforest agreement. Obviously, a massive windfarm or powerlines ... are not my vision of what a conservancy is).

Greenpeace Canada enthält sich nach wie vor nahezu jeder Kritik über stattfindende oder geplante Umweltzerstörungen im Great Bear Rainforest, bleibt jedoch glücklicherweise in anderen Gebieten, für die kein Stillhalte-Abkommen besteht, äußerst aktiv. In Ontario und Quebec wurden die riesigen Kahlschläge der Firmen Abitibi-Consolidated, Bowater, Kruger und SFK Pulp angeprangert. Es wurde gegen den Zellstoffimport nach Europa demonstriert und ein umfassender Bericht mit erschreckenden Zahlen veröffentlicht (Consuming Canada’s boreal forest: The chain of destruction from logging companies to consumers). Greenpeace Niederlande versuchte im Oktober 2007 die Entladung eines Frachtschiffes mit Papier von Abitibi – Consolidated zu blockieren, um auf die Urwaldzerstörung dieser Firma aufmerksam zu machen, die Einschlagslizenzen für 16 Millionen Hektar Land innehat. Nach einem Bericht der Provinzregierung von Quebec vom Februar 2008 hat AbitibiBowater 77 Mal gegen die Forstgesetze der Provinz verstoßen und wurde nur zu einer Geldstrafe von 190.000 CAD verurteilt.

Die Information der Öffentlichkeit, über das, was im Great Bear Rainforest und im ganzen pazifischen Küstenregenwald derzeit passiert und in naher Zukunft noch passieren wird, ist ein wichtiger Faktor, um internationalen Druck sowohl auf die Provinzregierung von BC als auch auf die Forstindustrie, Energie- und Bergbaukonzerne ausüben zu können. Nur hierdurch lässt sich die offizielle, einseitig positive und schönfärberische Version vom Weltklasse-Umweltschutz in BC entlarven. Nur hierdurch kann man die Umweltschutzorganisationen, die nicht mit der Forstindustrie kollaborierten und sich nicht moralisch korrumpieren ließen ermutigen, in ihrem Bemühen um die Erhaltung dieses einzigartigen Lebensraumes fortzufahren – trotz aller Versuche, sie zum Schweigen zu bringen. Der frühere Premierminister Glen Clark erklärte Umweltschützer kurzerhand zu „Feinden von British Columbia“. Die jetzige Provinzregierung wie auch die kanadische Bundesregierung gehen hingegen sensibler, jedoch nicht minder perfide vor: um die Kritiker der Forstwirtschaft und des eigenen Regierungshandelns mundtot machen zu können, droht man kritischen Umweltschutzorganisationen bzw. ihren Stiftungen damit, ihnen den Status der Gemeinnützigkeit zu entziehen und ihnen somit die finanzielle Basis ihrer Arbeit zu rauben, wenn sie sich nicht von ihren schärfsten Kritikern trennen oder ihre fortwährende Kritik an der Regierung einstellen. Diesem Druck der kanadischen Bundesregierung sind sowohl die Raincoast Conservation Foundation als auch die David Suzuki Foundation ausgesetzt. Die Lobbyisten der Forstindustrie drängen die Regierung geradezu, den Status der Gemeinnützigkeit dieser Stiftungen in Frage zu stellen. Die David Suzuki Foundation wurde schon mehrfach und im Vergleich zu

anderen Stiftungen überproportional oft einer peniblen und äußerst kleinlichen Rechnungsprüfung unterzogen. Krampfhaft wurde von Steuerfahndern nach irgendwelchen auch noch so kleinen Buchungsunregelmäßigkeiten gesucht, die es rechtfertigen könnten, den Status der Gemeinnützigkeit aberkennen zu können. Offensichtlich führen so Steuer-Rechnungsprüfer Vergeltungsmaßnahmen im Auftrag einer nach Rache sinnenden Regierung aus, die es leid ist, von Umweltschützern kritisiert zu werden. Zwischenzeitlich geht die Angst um in regierungskritischen Umweltschutzorganisationen und deren Stiftungen: Manche harsche Kritik an der Regierung muss ausdrücklich als Privatmeinung deklariert werden, um zu verhindern, dass die gesamte Organisation einer schikanösen Steuer-Rechnungsprüfung unterzogen wird und womöglich die Gemeinnützigkeit unter einem nichtigen Vorwand heraus aberkannt bekommt.

Eine neue Qualität der Zensur von Wissenschaft und der Verbreitung von Forschungsergebnissen durch die kanadische Bundesregierung offenbarte sich im Januar 2008. Environment Canada, eine Einrichtung der kanadischen Regierung, verpasste seinen eigenen Wissenschaftlern einen Maulkorb-Erlass. Um die Informationen, welche die Wissenschaftler an die Medien weitergeben, kontrollieren und zensieren zu können, müssen die Wissenschaftler jetzt alle Medienanfragen an sie zunächst der Regierung nach Ottawa melden. Das Büro für Öffentlichkeitsarbeit (media office) bittet die Reporter, ihre Fragen in schriftlicher Form einzureichen. Die Wissenschaftler müssen dann ihre schriftlichen Antworten dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit vorlegen, welche sie zur Absegnung an die obere Führungsebene weiterleitet. Stimmt der Inhalt der Antworten mit der politischen Zielvorstellung der Regierung und der offiziellen Sprachregelung überein, so werden die Antworten freigegeben, anderenfalls wird zensiert. Wenn ein Wissenschaftler von offizieller Seite aus eventuell ein Interview mit Medienvertretern genehmigt bekommt, so wird er äußerst nachdrücklich angewiesen, sich strikt an die vorgegebene Vertretung der Regierungslinie zu halten. So soll zukünftig verhindert werden, dass der kanadische Umweltminister John Baird und die obere Führungsebene des Ministeriums böse Überraschungen erleben, wenn sie in Zeitungen oder im Fernsehen womöglich von eigenen Wissenschaftlern kritisiert werden. Statt kritischer und von staatlicher Bevormundung freier Meinungsäußerung wird nun eine Gleichschaltung der Meinungen und eine Einengung auf staatlich vorverordnete Positionen angestrebt. „They’ve been muzzled“, sagte Klimatologe Andrew Weaver von der University von Victoria über die Wissenschaftler im Dienste der kanadischen Bundesregierung. „The concept of free speech is none-existing at Environment Canada. They are manufacturing the message of science“. Selbst ein Mitglied der Führungsetage von Environment Canada, welches aus guten Gründen nicht namentlich genannt werden wollte, bezeichnete diesen Umstand als beleidigend für die Wissenschaftler. Diese könnten jetzt nicht einmal mehr ohne Zustimmung von höchster Ebene wissenschaftliche Fakten diskutieren oder bestätigen.

Internationale Kritik an der Provinz- wie auch an der kanadischen Bundesregierung, die ohne Furcht vor Repressalien formuliert werden kann, wird angesichts dieser Einschüchterungsversuche einer kritischen Wissenschaft und des Umweltschutzes in Kanada und insbesondere in BC immer wichtiger. Es bleibt zu hoffen, dass auch die aktuellen Versuche, den Umweltschutz in BC zu schwächen, ins Leere laufen und die Allianz zum Schutz des pazifischen Küstenregenwaldes hierdurch – mit internationaler Unterstützung – noch stärker werden wird.

Derzeit weiß noch niemand, ob dies gelingen wird und was vom pazifischen Küstenregenwald der gemäßigten Zone außerhalb der derzeit bestehenden Schutzgebiete 2009 und in den Jahren danach noch übrigbleiben wird. Im Mai 2007

wurden endlich zusätzlich zu den 24 im „Great Bear Rainforest“-Abkommen vom Februar 2006 ausgewiesenen Schutzgebieten 41 neue „Schutz“-Gebiete, sogenannte Conservancies, etabliert mit einer Fläche von 165.030 Hektar (161.618 ha Land- und 3.412 ha Ufer-/Strandfläche). Die „geschützte“ Fläche wuchs hierdurch von 541.000 ha auf 706.000 ha. Damals, im Februar 2006, wurde jedoch äußerst medienwirksam und mit großem Pressegetöse verkündet, dass bis Jahresende 2007 sogar 85 neue Schutzgebiete hinzukommen sollen. Tatsächlich sind es weniger als die Hälfte geworden. Ende April 2008 verabschiedete die Provinzregierung schließlich den Gesetzentwurf zur Errichtung von 50 neuen Conservancies und zur Erweiterung von zwei bereits bestehenden im Gebiet des Great Bear Rainforest. Im Gebiet der Nordküste wurden 24 neue „Schutz“-Gebiete ausgewiesen, im mittleren Küstenabschnitt 26, darunter auch endlich das Cascade-Sutslem Conservancy. Zwei weitere bereits existierende Gebiete wurden in Conservancies umgewandelt. Im Gebiet der Nordküste kamen so 220.799 Hektar „Schutz“-Gebiete hinzu, unter anderem die drei Ecstall-Conservancies mit zusammen 63.796 Hektar und die Khutzeymateen Inlet Conservancies. Im mittleren Küstenabschnitt wurden 438.612 Hektar neu geschützt, das größte dieser Gebiete ist das lange umstrittene Cascade-Sutslem Conservancy. Insgesamt umfassen die 50 neuen Conservancies eine Fläche von 659.411 Hektar, so dass jetzt 1,365 Millionen Hektar im Great Bear Rainforest immerhin den Status von „Schutz“-Gebieten/Conservancies innehaben. Im Juli 2008 wurden 46 der vorgesehenen 50 Conservancies auch tatsächlich gesetzlich eingerichtet, bei 4 kleineren Gebieten waren noch Nachverhandlungen mit den First Nations erforderlich.

Für die 298.363 ha Bergbau- und Tourismus-Nutzungsgebiete (5 % der Fläche des Gesamtplanungsgebietes des Nördlichen und Mittleren Küstenabschnitts) fehlt nach wie vor ein rechtsverbindlicher Nutzungsrahmen. Die Umweltschutzgruppen, die beim „Great Bear Rainforest“-Abkommen mitverhandelt hatten, bezeichnen diese Gebiete zwischenzeitlich schönfärberisch als Biodiversitätsgebiete und schlagen diese Gebiete wider besseren Wissens in der eigenen Rechnung den Schutzgebieten zu, um ihren ausgehandelten „Erfolg“ in der Öffentlichkeit besser darstellen zu können.

Im Mai 2007 wurde vom damaligen Forstminister Coleman sehr pressewirksam in der Vancouver Sun – wieder einmal – eine wesentliche Änderung in der Forstpolitik von British Columbia angekündigt. Die bisherige klare Prioritätensetzung des Forstministeriums, zuerst alle ungeschützten Urwälder zu roden, soll seiner Aussage nach wenigstens für die Küstenurwälder geändert werden. Zukünftig soll der Holzeinschlag der Forstindustrie bevorzugt in den Sekundärwäldern stattfinden. Vorbild hierbei soll die intensive Holzplantagenwirtschaft sein, wie sie Forstkonzerne wie Weyerhaeuser auf riesigem Privatwaldbesitz in den USA und auch auf Vancouver Island betreibt. Bisher plante das Forstministerium noch mit Umtriebszeiten von 60 – 80 Jahren im Sekundärwald entlang der Pazifikküste, in Zukunft sollen diese Holzplantagen dank neuer Techniken idealerweise schon nach 40 – 50 Jahren wieder kahlgeschlagen werden können. Coleman betonte, dass die Abholzung der Küstenurwälder nicht eingestellt wird, jedoch soll die Holzeinschlagsmenge reduziert werden. Die wertvollen Stämme der Urwaldriesen der Küstenregenwälder sollen als „Spezialhölzer“ verkauft werden anstatt sie zu Massenprodukten zu verarbeiten. Coleman ließ offen, wann es zu der angekündigten Änderung in der Forstpolitik kommen wird. Angesichts der Borkenkäferplage im Landesinneren kam Coleman den Wünschen der Forstkonzerne nach immer kürzeren Umtriebszeiten auf ihren Holzäckern sehr entgegen. Darüber hinaus soll der jahrelang verschlafene Umbau veralteter Sägewerke entlang der Küste gefördert und beschleunigt werden, um moderne Werke zu schaffen, die hochautomatisiert die dünnen, uniformen

Plantagenstämme verarbeiten können. Hierdurch soll der Export der Rohhölzer, d. h. der unverarbeiteten Stämme, ins Ausland verringert werden.

Im Juni 2007 versprach Coleman ein Investitionsprogramm in Höhe von 3.9 Millionen CAD, um die Forstindustrie zu unterstützen: über 3 Jahre hinweg sollen pro Jahr 1,3 Millionen CAD investiert werden, um das Holzwachstum beschleunigen zu können, Standortverbesserungen im Sekundärwald vornehmen und die Umtriebszeiten der Holzplantagen weiter verkürzen zu können. „Indem wir heute investieren hoffen wir, die Holzernte der Sekundärwälder 10 – 25 Jahre früher durchführen zu können als wir es jetzt tun“, sagte Coleman. „Die Forstwirtschaft im Nordwesten hat eine glänzende Zukunft und diese Finanzierung wird helfen Arbeitsplätze für lokale Auftragnehmer zu schaffen“. (By investing today, we hope to harvest second-growth forests 10 – 25 years sooner than we do now ... The northwest forest economy has a bright future and this funding will help create jobs for local contractors). Aufgrund der Borkenkäferplage in den Inlandswäldern von BC geht dort der erntebereite Holzvorrat drastisch zurück, so dass jetzt noch kürzere Umtriebszeiten in den Sekundärwäldern entlang der Küste erhalten müssen, um den Holznachschub für die Forstkonzerne zu sichern. Wie drastisch der Borkenkäferbefall im Landesinneren ist, zeigt eine Pressemeldung vom September 2007. In den nächsten 8 Jahren könnten mehr als $\frac{3}{4}$ des marktfähigen Kiefernholzes vom Borkenkäfer befallen werden, fast $\frac{1}{4}$ des gesamten vermarktbareren Holzvorrates der Provinz. Durch das „Forest for Tomorrow“-Programm werden jährlich etwa 10.000 Hektar befallenen Waldes neu bepflanzt. Bis alle 13 Millionen Hektar des von der Borkenkäferplage heimgesuchten Waldes mit dieser Neupflanzungsrate wieder aufgeforstet wären, würden 1.300 Jahre vergehen. Immerhin wurde im April 2008 das sechsmilliardste Bäumchen in BC nachgepflanzt: eine Gelb-Kiefer (Ponderosa pine, *Pinus ponderosa*) bei Kelowna.

Ein Umdenken zu verbessertem Schutz der Küstenwälder ließ Coleman bei seinen Ankündigungen nicht erkennen, vielmehr versuchte er lediglich durch kurzfristige Investitionshilfen das Überleben der Forstkonzerne auch bei sinkendem vermarktbareren Holzvorrat im Landesinneren durch Maßnahmen in den Sekundärwäldern der Küste zu sichern. Dies wird in einer Pressemitteilung des Ministeriums vom 29. Oktober 2007 deutlich: Bei dem Investitionsprogramm geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Forstkonzerne zu verbessern. Der aktuelle jährliche Holzeinschlag in den Wäldern entlang der Regenwaldküste komme zu 29 % aus den Holzäckern der Sekundärwälder (ca. 5 Millionen m³), und 71 % (ca. 11,9 Millionen m³) stammen immer noch aus den Küstenurwäldern (1995 waren es noch 95 %). Da jedoch die Holzäcker der Sekundärwälder leichter zugänglich sind als die Urwaldgebiete, da schon eine Infrastruktur zur Holzernte mit Forststraßen vorhanden ist, wird dies zukünftig die Kosten im Vergleich zum teureren Holzeinschlag in den Küstenurwaldgebieten reduzieren helfen.

Eine weitere Absicht ist unschwer zu erraten: das aufgelegte Investitionsprogramm läuft bis 2009 und just zu diesem Zeitpunkt, im März 2009, sollen für die Forstindustrie die strengeren Richtlinien des Ecosystem Based Managements für den Holzeinschlag gelten, welche die Holzernte – wenn sie jemals eingehalten werden – verteuern würde. Berechnungen von Farenholtz und Rowan aus dem Jahr 2004 gehen bereits von einer Verteuerung der Holzernte durch ein Ecosystem Based Management im zentralen und nördlichen Küstenabschnitt von durchschnittlich 5,58 CAD/m³ Holz aus, teilweise sogar von 22,75 CAD/m³. Bill Dumont und Don Wright nennen in ihrem Bericht „Generating More Wealth From British Columbia’s Timber: A Review Of British Columbia’s Log Export Policies“ vom Dezember 2006 Mehrkostenschätzungen für den Holzeinschlag nach EBM-Regeln im Clayoquot Sound von 13,31 CAD /m³, stellen jedoch fest: „Based on the Clayoquot Experience the cost premium for EBM is likely

going to be much higher than that initial estimate". Sie rechnen mit einer Verteuerung des Holzeinschlages um mindestens 10 %.

Der Präsident der Truck Loggers Association, Dan Bendickson, forderte im Januar 2008, dass die bei den Holzkonzernen unter Vertrag stehenden Holzfäller die Zusicherung bräuchten, dass die Richtlinien des Ecosystem Based Managements die Holzernte nicht zu sehr verteuern dürften. Um den zu erwartenden finanziellen Nachteil der Forstindustrie schon im Vorfeld abzufedern, haben es die Lobbyisten der Forstkonzerne hervorragend verstanden, Coleman für ihre Interessen einzuspannen, indem sie – staatlich subventioniert durch das Investitionsprogramm – auf ihren Holzäckern optimale Kurzumtriebs- und Holzeinschlagsbedingungen schaffen können. Durch innovative Forstwirtschaftstechniken sollen die Holzplantagen nicht erst alle 70 – 75 Jahre, sondern 20 Jahre früher, also im Alter von nur 50 – 55 Jahren abgeerntet werden können. 20.000 Hektar Holzplantagen sollen gedüngt werden, was die Holzeinschlagsmenge auf 600.000 m³ erhöhen soll. Eine Gen-Selektion von Samen besonders schnell wachsender Douglasien, Riesenlebensbäumen und Hemlock-Tannen soll einen Holzvolumenzuwachs von 5 – 10 % wie an der Südküste bringen. Eine Neubewertung von Produktivitäts- bzw. Holzzuwachsraten in manchen Sekundärwäldern, wo Bäume schneller wachsen als bisher angenommen, können zu einer 18%igen Zunahme der Langzeiterträge führen. Insgesamt soll die jährliche Holzeinschlagsmenge aus Sekundärwäldern von aktuell ca. 5 Millionen m³ über die nächsten 10 Jahre auf 8 Millionen m³ gesteigert werden.

Bis dieses Ziel erreicht sein wird oder zumindest bis März 2009, bis zur vollen Umsetzung der Regeln des Ecosystem-Based Managements, zu dem sich die Provinz verpflichtet hat, wurden die Kahlschläge in den Küstenwäldern zunächst mit noch nie zuvor da gewesener Brutalität und Geschwindigkeit fortgesetzt. Bis März 2009 sollte noch geplündert werden, was irgendwie geht. Alle nur zur Verfügung stehenden Kräfte und Maschinen wurden in den Küstenurwäldern konzentriert, wenigstens die wertvollsten und teuersten Stämme der Baumriesen sollten noch per Helikopter geborgen werden können. Weitgehend ungehindert von staatlichen Sanktionen und ohne störende Umweltschutzauflagen versuchten die Forstkonzerne sich noch schnell einen möglichst großen Holzvorrat an diesen wertvollen Stämmen zu sichern, wohl wissend, dass die Marktpreise für diese Stämme in einigen Jahren weiter in die Höhe schnellen werden, da aus den Holzäckern der Sekundärwälder nur noch dürre, uniforme und weit weniger wertvolle Plantagenstämme zu erwarten sind. Auch die Immobilienkrise in den USA, die den Holzpreis aktuell massiv einbrechen ließ, wird hieran nichts ändern. Analysten rechnen bis Ende 2009 wieder mit einem deutlichen Anziehen des Holzpreises. Zwischenzeitlich wurde diese Ausplünderung der Wälder sogar dem Forest Practice Board zuviel, einem seit 1995 bestehenden sogenannten „unabhängigen“ Expertengremium, das die Forstpraktiken von Regierung und Lizenzinhabern amtlich überprüfen soll. In einer Pressemeldung vom 16. Januar 2008 teilte das Forest Practice Board mit: „Bei einer Prüfung von 54 Holzeinschlagsflächen fand die Untersuchung, dass die wertvollsten Bäume selektiv mit Helikopterhilfe herausgeschlagen wurden auf Kosten jeder zukünftigen Holzeinschlagsmöglichkeit und mit keinerlei realisierbarem Plan, den Wald zu regenerieren. Die Einschlagsmethode beinhaltete das selektive Entfernen der wertvollen Riesenlebensbäume und Sitka-Fichten und das Zurücklassen hauptsächlich von alten, zerfallenden Hemlock-Tannen überall verteilt auf der Einschlagsfläche. Dies wird landläufig als ‚high-grading‘ bezeichnet“ (In an examination of 54 cutblocks, the investigation found that the valuable trees were selectively logged by helicopter, but at the expense of any future harvest opportunity and with no viable plan for regenerating the forest. The harvest method involves selectively removing the valuable cedar and spruce trees, leaving behind mainly old rotting hemlock trees

spread across the cutblock. This is commonly referred to as 'high-grading'). Hierunter versteht man die Jagd auf die qualitativ besten und wertvollsten Stämme, mit denen sich die höchsten Verkaufspreise erzielen lassen. Dass dies ein Dilemma ist, stellte Bruce Fraser, der Vorsitzende dieses Gremiums fest: „Einerseits wollen Regierung und Industrie einiges an ökonomischem Wert herausholen und lokale Beschäftigungsmöglichkeiten sowie einen ökonomischen Nutzen haben sowie gleichzeitig andere Werte des Waldes schützen. Andererseits resultiert daraus eine begrenzte Aussicht auf einen zukünftig möglichen Holzeinschlag. Die Regierung mag der Überzeugung sein, dass dies völlig akzeptabel ist, aber es ist nicht vereinbar mit der gegenwärtigen Politik einer auf Nachhaltigkeit zielenden Forstwirtschaft und der aktuellen Gesetzgebung, welche die Aufrechterhaltung eines zukünftigen Holzvorrats vorschreibt“. (On the one hand, government and industry want to extract some economic value from these sites and provide local employment and economic benefits, while also protecting other forest values. But on the other hand, the result is limited prospects for harvesting in the future. Government may decide this is entirely acceptable, but it is not consistent with current policy of sustained yield forestry and legislation that requires maintaining a future timber supply).

Bei aller vollmundiger und medienwirksamer Ankündigung des Ex-Forstministers Coleman, dass der Holzeinschlag zukünftig irgendwann einmal bevorzugt in den Sekundärwäldern stattfinden soll, musste das Forstministerium in seiner eigenen Pressemitteilung vom 29. Oktober 2007 einräumen: „In der nächsten Zeit ist der Holzeinschlag von Urwäldern erforderlich, um ökonomische Stabilität zu bewahren und Marktnachfragen befriedigen zu können, während der Forstbereich der Küste sich mehr in Richtung auf die Sekundärwälder verlagert.“ (In the shorter term, harvesting old-growth is required to maintain economic stability and meet market demands, while the forest sector on the Coast shifts towards more second-growth forests). Den im Oktober 2007 groß angekündigten Coastal Forest Action Plan, der mit einem Finanzvolumen von 21 Millionen CAD ausgestattet wurde, nennen Kritiker einen "log it all"- Plan, da der Holzeinschlag in den Urwäldern ohne Restriktion weitergehen und gleichzeitig der Holzeinschlag in den Sekundärwäldern noch zunehmen soll. Einen zeitlichen Rahmen für die Reduzierung des Holzeinschlags in den Urwäldern nannte Coleman wohlweislich nicht und schlimmer noch, in diesem Plan wird mit fadenscheinigen Zahlen operiert: „On the coast, there are four Million hectares of old-growth forest – but only 769.000 hectares are available for harvesting on Crown land“. Was verschwiegen wird bei diesen Zahlen ist die Tatsache, dass auf der größten Fläche von diesen vier Millionen Hektar nur wenig produktiver Wald mit kleineren und dünneren Bäumen wächst (verkümmerter Wald auf sumpfigen Standorten oder felsigem Untergrund, niedriger Wald subalpiner Zonen), der sowieso nicht wirtschaftlich eingeschlagen werden kann und dass viele Schutzgebiete im nördlichen Küstenbereich liegen, während im südlichen Abschnitt die letzten schützenswerten Reste des Küstenurwaldes mit dem ökologisch wertvollen alten Baumbestand der weiteren Abholzung preisgegeben sind. Konkrete Pläne für die wieder einmal werbewirksam angekündigte Reduzierung des Holzeinschlags in den Urwäldern waren von Coleman nicht zu bekommen. Es ist deshalb zu befürchten, dass auch weit über 2009 hinaus 71 % des Holzeinschlags in den Küstenurwäldern erfolgen wird und nur etwa 29 % in den Holzäckern der Sekundärwälder. Lediglich zu vagen Äußerungen gegenüber der „Times Colonist“ war Coleman im Oktober 2007 bereit: „Wir sähen es gerne, wenn sich die Prozentzahlen möglicherweise innerhalb von 5 Jahren umkehren würden“ (We'd like to see the percentages probably reversed within five years). Ob dies für ihn überhaupt ein erstrebenswertes Ziel ist oder ob er persönlich sogar gegen dieses Ziel arbeiten wird, ließ er offen.

Auf der Jahrestagung der Truck Loggers Association im Januar 2008 bedauerte der offensichtlich schon amtsmüde Coleman geradezu, dass seiner Ansicht nach zukünftig viel zu wenig Urwälder kahlgeschlagen werden können: „Ich bin etwas frustriert wegen der Leute an der Küste von BC, die weiterhin sagen 'Hört auf mit dem Holzeinschlag in den Urwäldern', wo es doch 4 Millionen ha Urwald in der Provinz BC gibt und nur 700.000 ha für den Holzeinschlag verfügbar sind“ (I'm just a little frustrated with the people on the coast of British Columbia who keep saying 'Quit cutting all the old-growth forest' when there is four Million hectares of old-growth forest in the province of British Columbia and there is only 700.000 hectares available for harvest). Befürchtungen des Holzfäller-Verbandes, weiteren Holzvorrat, der in den Urwäldern nur noch auf seinen Einschlag wartete, durch die Ausweisung von Parks und Schutzgebieten zu verlieren, trat Coleman entgegen: „Eine weiter schrumpfende Landfläche für den Holzeinschlag werden wir überhaupt nicht mehr haben. Wir haben genügend Schutzgebiete und Parks ... Lassen Sie uns das anerkennen und feiern“ (We are not going to have any shrinking landbase any more. We have enough protected areas and parks ... Let's recognize that and celebrate it). Was für den Küstenregenwald und die für seinen Schutz eintretenden Umweltschutzgruppen eine Hiobsbotschaft darstellte, war für Coleman als Interessenvertreter der Forstindustrie ein Grund zum Feiern. Um die wahren Gründe für die Krise der Forstindustrie zu verschleiern, bediente er sich auch gerne des vorgeschobenen Arguments, dass die Ausweisung neuer Schutzgebiete schuld daran sei, dass Forstarbeiter mangels einzuschlagendem Holz ihre Arbeit verlieren. Der Holzfäller-Verband begrüßte jedenfalls die Aussage des Forstministers, dass die Ära der Ausweisung neuer Schutzgebiete endgültig vorbei sei. Während Coleman der Errichtung neuer Schutzgebiete die Schuld gab für eine Reduzierung der einschlagbaren Waldflächen, arbeitete er selbst aktiv daran mit, wenn es ihm opportun erschien. Im Januar 2007 erlaubte er es Western Forest Products, 28.283 Hektar ihres Privatwaldgebietes an der Südwestküste von Vancouver Island aus dem Tree Farm-Lizenzsystem herauszunehmen, um es möglichst gewinnbringend an Bau- bzw. Immobilieninvestoren verkaufen zu können. Dieses Gebiet wurde somit einer zukünftigen forstwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Gemeinden, Umweltschutzgruppen und First Nations wurden nicht konsultiert, klammheimlich wurde diesem Plan zur finanziellen Stütze des angeschlagenen Forstkonzerns Western Forest Products und zum Nachteil der Öffentlichkeit zugestimmt. Kompensationszahlungen musste Western Forest Products nicht leisten, obwohl es beim Verkauf dieser „Goldküste“ satte Gewinne machen wird. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass der Bruder von Forstminister Rich Coleman, Stan Coleman, bei Western Forest Products als Manager für strategische Planungen arbeitet (manager of strategic planning) und dass der Forstkonzern z. B. 2005 44.000 CAD als Parteispende der regierenden liberalen Partei zukommen ließ.

Die von Coleman im Mai 2007 angekündigte Reduzierung der Holzeinschlagsmenge in den Küstenurwäldern wurde nur zögerlich erfüllt. Erst am 6. November 2007 entschied der oberste Forstverwalter der Provinz (Chief Forester), die jährliche Holzeinschlagsmenge im Holzvorratsgebiet der Nordküste (North Coast Timber Supply Area, TSA) mit sofortiger Wirkung auf 400.000 m³ zu reduzieren, nachdem sie bereits im September 2006 von 573.624 m³ auf 435.624 m³ reduziert worden war. Ebenfalls schon im September 2006 wurde die jährliche Holzeinschlagsmenge für den mittleren Küstenabschnitt (Mid Coast TSA) auf 768.000 m³ festgesetzt und die für den südlichen Abschnitt des Great Bear Rainforest (Kingcome TSA) auf 1,232 Millionen m³. Die beiden letzten Entscheidungen dürften vermutlich über die volle Laufzeit dieses Fünfjahresplanes hinweg unangetastet bleiben und bis 2011 gelten. Am 1. Februar 2008 kündigte der stellvertretende oberste Forstverwalter die Reduzierung der

jährlichen Holzeinschlagsmenge für das Gebiet der Tree Farm Licence 25 an, von bisher 625.000 m³ auf 529.500 m³. Eingeschlossen in diese Entscheidung sind drei Gebiete mit jeweils 15.000 m³ Holzeinschlag per Helikopter. Nur ein kleiner Teil der angekündigten Reduzierung kommt allerdings dem Block 5 dieser riesigen Tree Farm-Lizenz zugute, d. h. Gebieten auf Princess Royal Island, Khutze Inlet, Swanson Bay, Green Inlet, Roderick Island und Pooley Island. Einen Tag zuvor hatte der oberste Forstverwalter die jährliche Holzeinschlagsmenge für die im Inland gelegene Morice Timber Supply Area um 204.000 m³ auf insgesamt 2,16 Millionen m³ erhöht, auch angesichts der dort grassierenden Borkenkäferepidemie. Im April 2008 wurde die jährliche Holzeinschlagsmenge der Tree Farm-Lizenz 1, die im Besitz der Lax Kw'alaams First Nations ist und Gebiete zwischen Nass und Skeena River sowie bei Terrace umfasst, von 611.000 m³ auf 500.000 m³ reduziert. Neben den begehrten Riesen-Lebensbäumen finden sich dort große Flächen mit Hemlock-Tannen und Purpur-Tannen, die derzeit kaum rentabel eingeschlagen werden können. „I've therefore directed that the licensee annually reports its harvesting levels in TFL 1's lower quality hemlock stands, second growth and cedar stands. This ongoing performance monitoring will help ensure undue pressure isn't being placed on higher quality or more easily accessible timber in the area“, erklärte der Forstverwalter seine Anordnung.

Alleine in den staatlich verwalteten Timber Supply Areas der gesamten Küstenwaldgebiete (Coast Forest Region) vom British Columbia lag die erlaubte Holzeinschlagsmenge (Current Allowable Annual Cut, AAC) im Jahr 2007 bei 7,237 Millionen m³. Hinzu kam noch die erlaubte Holzeinschlagsmenge aus den Gebieten der Tree Farm-Lizenzen entlang der Küstenregion in einer Höhe von 10,329 Millionen m³. Insgesamt dürften nach Vorgabe des Chief Foresters und des Forstministeriums alleine 2007 17,567 Millionen m³ Holz aus den pazifischen Küstenregenwaldgebieten herausgeschlagen worden sein. Dies war zwar weniger als in den Jahren zuvor, geschah jedoch nach wie vor fast ausschließlich mittels riesiger Kahlschläge. Über alle 37 Timber Supply Areas und alle 33 Gebiete, für die Tree Farm-Lizenzen vergeben waren, wurden in British Columbias Wälder im Jahr 2007 85,561 Millionen m³ Holz eingeschlagen. Nicht mitgerechnet hierbei ist der immer wiederkehrende illegale Holzeinschlag der Forstindustrie durch Gesetzesübertretungen und Nicht-Einhaltung von Vorschriften. Dies alles ging einher mit der Plünderung und Liquidierung eines Großteils der verbliebenen pazifischen Küstenregenwälder, die unwiederbringlich verloren gehen und den gebetsmühlenartig wiederholten Beteuerungen der Provinzregierung, eine an strengen Nachhaltigkeitskriterien orientierte Forstwirtschaft mit Weltklasse-Umweltschutzstandards in British Columbia zu betreiben.

Am 7. Februar 2008 – genau zwei Jahre nach Verkündung des „Great Bear Rainforest“-Abkommens – gab der damalige Agrarminister Pat Bell (Minister of Agriculture and Lands) wieder einmal das Erreichen eines Meilensteines bekannt: die Gebiete, die das „Great Bear Rainforest“-Abkommen umfassen, seien jetzt Gegenstand eines Gesetzesentwurfs, der die Etablierung des Ecosystem-Based Managements voranbringen soll. „The new legal framework covers an area of 6,4 million hectares“, erklärte Bell. „Plans are being finalized to ensure ecological integrity and improve human well-being in the region by March 31, 2009. This will ensure that ecosystems and critical wildlife habitat will be protected from resource development, including the protection of culturally significant 1.000-year-old cedars and salmon-rich streams“. Reynold Hert von Western Forest Products war neben Greenpeace Canada, ForestEthics und Sierra Club offensichtlich stolz auf das, was in den letzten zwei Jahren erreicht – oder besser angerichtet – worden war: „It has taken a collaborative effort of stakeholders, First Nations and the Province, and the committed participation of environmental groups and forest sector partners WFP,

Inferfor, BCTS, Catalyst and Canfor, to reach this point. It will take the same effort in the months ahead to reach our goal of full implementation and I'm confident we will".

Am 23. Februar 2008 schließlich verbreitete Greenpeace Canada seine Erfolgsmeldung, dass eine wirkliche und sofortige Änderung der Verhältnisse im Great Bear Rainforest herbeigeführt werde: „Today, The Coastal Forest Conservation Initiative (CFCI) – an industry coalition of Western Forest Products, Interfor, BC Timber Sales, Canfor and Catalyst Paper – is implementing three groundbreaking milestones as part of a voluntary milestone agreement with Greenpeace, ForestEthics and Sierra Club BC. These new milestones bring us closer to our goal: full implementation of the Great Bear Rainforest Agreements by 2009“. Folgende drei Punkte bezeichnete Greenpeace Canada als Meilensteine: 1. die beteiligten Konzerne werden mit der sofortigen Einführung neuer, "besserer" Holzeinschlagspraktiken beginnen, noch bevor sie zum 31.03.2009 ohnehin gesetzlich hierzu verpflichtet werden würden. 2. die beteiligten Konzerne stimmen zu, bis März 2009 vorübergehend den Holzeinschlag auf einer Fläche von einer Million Hektar zu verschieben. 3. Fortschritte bei der FSC-Zertifizierung. Mit den beteiligten Konzernen und einem FSC-Zertifizierer sei ein Workshop abgehalten worden, um Schritte festzulegen zur Erlangung des FSC-Zertifikats für Forstwirtschaftspraktiken im Rahmen des EBM beim Holzeinschlag in den Küstenurwaldgebieten. Während Umweltschützer und eine kritische Öffentlichkeit in BC nur den Kopf schüttelten, beglückwünschte sich Greenpeace Canada wieder einmal zu einem Erfolg: „Glückwunsch, Greenpeace-Unterstützer! Diese innovativen Meilensteine wurden von den CFCI-Forstgesellschaften, Greenpeace und unseren Koalitionspartnern entwickelt“. (Congratulation Greenpeace Supporters! These innovative milestones were developed by CFCI logging companies, Greenpeace and our coalition partners). Jetzt sollen die ökologisch katastrophalen Abholzungen in den Küstenurwäldern nach EBM-Regeln (von den Kollaborateuren schönfärberisch als „lighter touch logging“ bezeichnet) auch noch mit dem FSC-Gütesiegel etikettiert – oder besser: getarnt – werden, damit die Forstkonzerne das Urwaldholz mit aktiver Unterstützung von Greenpeace, Sierra Club und ForestEthics und versehen mit einem grünen Anstrich besser vermarkten können. Die 3 Gruppen hatten sich vollends einspannen lassen in eine Werbekampagne der beteiligten Forstkonzerne zur Absatzsteigerung von Urwaldholz unter einem noch zu erschleichenden Siegel, welches den Holzkäufern ein reines Gewissen verschaffen und über die tatsächlichen Zerstörungen in den Urwäldern hinwegtäuschen soll. Es wäre in der Geschichte des Umweltschutzes weltweit die wohl schlimmste Pervertierung eines Schutzanliegens, wenn diese 3 Gruppen für die Forstkonzerne Werbung für den Kauf von Urwaldhölzern machen würden, die just aus den Urwaldgebieten stammen, die sie einst vorgaben schützen zu wollen. Man stelle sich vor, dass Greenpeace – einst mit Spendenkampagnen angetreten zum Schutz der Wale – plötzlich hinter dem Rücken aller anderen Walschutzorganisationen mit der Walfangindustrie kollaborieren würden, um eine kleine Walpopulation zu schützen und als Preis dafür dem Abschlichten des größten Teils anderer Walvorkommen zustimmen würde. Zugleich würde der Walfangindustrie auch noch versprochen, die Vermarktung des Fleisches dieser grausam getöteten Wale aktiv zu unterstützen, womöglich noch unter Erschleichung eines Etiketts „Ökologischer Walschutz“ oder „lighter touch hunting“. Wenn bei diesem Gedanken Übelkeit aufkommt, so sollte man sich vergegenwärtigen, dass Greenpeace Canada genau diese Strategie beim Pakt mit der Forstindustrie in BC verfolgt und sogar große Filetstücke der Küstenurwälder für die Forstkonzerne vermarkten helfen will. Es stellt sich die Frage, ob solch eine Strategie noch unterstützenswert ist. Eine noch größere Täuschung der Öffentlichkeit ist schwer vorstellbar. Der Zertifizierer SmartWood müsste einige wichtige Prinzipien

der FSC-Zertifizierungsstandards für BC missachten, um dem Antrag der 3 Gruppen und der Forstindustrie auf FSC-Zertifizierung stattgeben zu können. Er wird dies hoffentlich nicht tun, auch wenn bei den EBM-Regeln die FSC-Zertifizierungsprinzipien für BC geradezu wörtlich übernommen wurden und alles schönfärberisch zurechtgebogen wurde. Falls es wider Erwarten doch zu einer FSC-Zertifizierung dieser Holzeinschlagspraktiken kommen sollte, so bliebe dem Verbraucher nur noch der konsequente Boykott aller FSC-zertifizierten Hölzer und Papiere aus BC. Doch so weit wird es hoffentlich nicht kommen, zumal das FSC-Siegel hierdurch weltweit einen massiven Verlust an Glaubwürdigkeit erleiden würde. Das bisherige Image als verlässliches Gütekriterium wäre völlig ruiniert.

Angesichts der drastischen Folgen der US-Immobilien- und Bankenkrise und der weltweiten Rezession auf den Baumarkt, die den Holzpreis vorübergehend dramatisch einbrechen ließ, mussten die Forstkonzerne schon alleine aus wirtschaftlichen Gründen ihre rasende Plünderung der Urwälder noch vor März 2009 wieder zurückfahren und den Holzeinschlag in manchen Gebieten sogar vorübergehend ganz aussetzen. Ende April 2008 kündigte z. B. Western Forest Products – der größte Holzkonzern entlang der Küste – an, die meisten laufenden Holzeinschlagsmaßnahmen vorübergehend einzustellen, nicht etwa aus Umweltschutzgründen, sondern weil die Nachfrage nach Holzprodukten weltweit massiv eingebrochen war. Fortgesetzt werden sollte nur den Einschlag der hochpreisigsten Stämme, z. B. der Riesen-Lebensbäume. Selbst dieser Holzeinschlag musste inzwischen gestoppt werden, nachdem auch das Holz der Riesen-Lebensbäume aufgrund der schlechten Baukonjunktur nicht mehr abgesetzt werden konnte. Duncan Kerr, Chief Operating Officer von Western Forest Products, benennt ganz klar die ökonomischen Gründe für den vorübergehenden Holzeinschlagsstop: „Even if you drop your price, you are still not going to sell any more wood“. Da der US-Wohnungsmarkt so schlecht lief wie seit 16 Jahren nicht mehr und Neubauaktivitäten um 2/3 zurückgegangen waren, herrschten große Absatzprobleme. Die Rezession in den USA als dem wichtigsten Markt für Holzprodukte aus BC, die dortige Immobilienkrise, der ungünstige Dollarkurs und vorübergehend extrem hohe Treibstoffpreise stürzten die Forstindustrie in BC noch tiefer in die Krise. Weitere Papiermühlen und Sägewerke wurden geschlossen, viele weitere Arbeitsplätze gingen verloren, doch auch der unverantwortlich hohe Holzeinschlag wurde hierdurch wieder etwas gedrosselt. Der vorübergehende Aufschub des Holzeinschlags auf eine Million Hektar Fläche, den Greenpeace als großen Erfolg für sich reklamierte, war bloßer Ausdruck der schlechten Lage auf dem Holzmarkt und nicht Ausdruck eines durch Greenpeace induzierten gewachsenen Umweltbewusstseins der Holzkonzerne. „Forest companies are engaged in a life-and-death struggle to survive the down-turn, which some now say last until 2009“, schrieb Gordon Hamilton in der Vancouver Sun hierzu und auch Ex-Forstminister Coleman sprach von einem „zyklischen Abwärtstrend“ der Forstindustrie. Premierminister Campbell kündigte deshalb im April 2008 auf der jährlichen Ratsversammlung der Forstindustrie (Council of Forest Industries) ein 24,85 Millionen CAD-Förderprogramm für die Forstindustrie an. Für Düngungsprojekte auf 15.000 Hektar Waldfläche, zur Schädlingsbekämpfung, zum Kauf von 60 Millionen Baumsämlingen, die in den nächsten vier Jahren gepflanzt werden sollen und für Studien zum Klimawandel in Bezug auf die Waldwirtschaft will die Provinz 13,5 Millionen CAD investieren. Allein 11,35 Millionen CAD sollen für Werbemaßnahmen ausgegeben werden, um Holzprodukte aus den Wäldern von BC besser im Ausland absetzen zu können. „We’re supporting the development of new products and aggressively seeking new customers beyond the U.S“, erklärte Coleman. Mehr als 80 % der Holzprodukte von BC werden außerhalb von Kanada verkauft, das meiste in den USA. Jetzt sollen vor

allem die Märkte in Japan, China, Korea und Europa aggressiv beworben werden, um den Absatz der Holzprodukte, die immer noch zu 71 % aus den Kahlschlägen der Küstenurwälder stammen, anzukurbeln. Nichts von diesem bereits auf dem Markt vorhandenen Holz stammt aus einer Forstwirtschaft, die den Regeln des Ecosystem Based Managements folgt. Nichts von diesem Holz trägt eine FSC-Zertifizierung. Es liegt jetzt an den Holzkäufern und Abnehmern, ob sie auf diese Werbekampagnen hereinfließen oder diese Holzprodukte konsequent boykottieren.

Stan Coleman von Western Forest Products betonte ehrlicherweise, dass die Forstkonzerne bei der Entwicklung gesetzlicher Regeln des Ecosystem Based Managements eine Führungsposition einnehmen und dass es schwierig sei, solch ein Konzept zu erschaffen und in die Praxis umzusetzen. Die Regierung von BC schien den Forstkonzernen gerne die Führungsposition bei der Ausarbeitung der EBM-Regeln überlassen zu haben, damit diese ihre wirtschaftlichen Interessen fast in vollem Umfang durchsetzen konnten. Die Vorschläge des Coast Information Team wurden wenig berücksichtigt. In ihrem Bericht für das Forstministerium „Generating More Wealth from British Columbia’s Timber: A Review of British Columbia’s Log Export Policies“ vom Dezember 2006 warnten Bill Dumont und Don Wright bereits: „EBFM [Ecosystem-based Forest Management] is expected to result in a significant higher level of timber harvesting costs, primarily due to constraints that would result in higher costs due to a reduced timber harvesting land base, and increased road, engineering, planning and management costs per cubic meter harvested. There would also be cost impacts from stand level constraints as well. The only other location where application of this type of forestry planning and constraint model has been applied is Clayoquot Sound on western Vancouver Island ... It will be many years before the concepts of EBFM are fully developed and implemented in the central and north coast areas ...“. Selbst Amanda Carr von Greenpeace Canada wies darauf hin: „Nichts von all dem wurde im Great Bear Rainforest jemals vorher versucht ... es ist eine Herausforderung und riskant und natürlich wird es Leute geben, die denken, wir können das nicht, bis wir bewiesen haben, dass wir es doch schaffen“ (None of this has been tried before in the Great Bear Rainforest ... It is challenging and it is risky and of course, until we have proven we can do it, there will be folks who think we can’t).

Obwohl noch keineswegs abzusehen ist, wie die versprochenen besseren Holzeinschlagspraktiken im Küstenurwald tatsächlich umgesetzt werden, haben die drei kollaborierenden Umweltschutzgruppen den Forstkonzernen offensichtlich weit reichende Versprechungen gemacht: „ Als Gegenleistung dafür, dass die Firmen die besseren Holzeinschlagspraktiken schon vor dem gesetzlich verordneten Datum März 2009 einführen, haben diese Öko-Gruppen zugestimmt, bei der Vermarktung von Holzprodukten aus dieser Region zu helfen“ (In return for companies speeding up the introduction of best logging practices ahead of a government-mandated March 2009 deadline, the eco-groups have agreed to assist in marketing products from the region), schrieb Gordon Hamilton hierzu. Es dürfte allerdings trotz der Lobbyarbeit dieser drei Umweltschutzgruppen für die Forstindustrie unwahrscheinlich sein, dass nach den am 19. Dezember 2007 vorgelegten ministeriellen Verordnungen, die im Januar 2008 in Kraft getreten sind (South Central Coast and Central and North Coast Land Use Objective Orders; Ministry of Agriculture and Lands) zum Ecosystem Based Management überhaupt FSC-Zertifizierungen zustande kommen, da diese Verfügungen wachsweiß und äußerst forstwirtschaftsfreundlich formuliert sind und darüber hinaus fast jede Abweichung von diesen formulierten Regeln ausdrücklich erlaubt wird, aus Gründen der praktischen Durchführbarkeit des Holzeinschlags, aus ökonomischen Gründen oder wenn eine entsprechende Bewertung „nach professionellen Standards“ vorgelegt wird.

Ein Lizenznehmer muss z. B. gemäß dieser ministeriellen Verfügungen in seinem Holzeinschlagsplan keinerlei Angaben dazu machen, mit welchen Strategien er den Zielsetzungen des EBM nachkommen will noch muss er Angaben machen zu den tatsächlichen Ergebnissen seines Holzeinschlages. Dies kann geradezu als Aufforderung zum Übertreten dieser Regeln verstanden werden und wird dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. Zeugnisse des kulturellen Erbes in traditionellen Stammesgebieten der First Nations dürfen z. B. nach Konsultation der First Nations zerstört werden, wenn festgestellt wurde, dass diese Zeugnisse dem Straßenbau oder anderen Infrastrukturmaßnahmen im Wege sind oder Sicherheitsbedenken bestehen. Gewaltige Riesen-Lebensbäume (monumental cedar) und uralte Baumriesen mit Zeichen früherer kultureller Gebrauchsspuren der First Nations, sogenannte „culturally modified trees“, dürfen aus den gleichen Gründen gefällt werden und sogar auch dann, wenn deren Erhaltung den Holzeinschlag schlichtweg ökonomisch unrentabel machen würde. Bei selektivem Holzeinschlag müssen nur 15 % der ursprünglich vorhanden gewesenen Riesen-Lebensbäume und Nootka-Scheinzypressen erhalten bleiben, der Rest kann kahlgeschlagen werden. Die hydrologischen Verhältnisse von Kahlschlagsflächen, die in Wassereinzugsgebieten wichtiger Fischgewässer liegen, dürfen dem Papier nach zwar nur um bis zu 20 % durch den Holzeinschlag verändert werden, allerdings gibt es hierzu gleich vier Ausnahmen, z. B. bei Vorliegen einer „Experten“-Einschätzung. Wer diese Experten beauftragt, ist nicht festgelegt, auch nicht – bei Gebrauch dieser Ausnahmeregelungen – eine Obergrenze für die Veränderung der hydrologischen Verhältnisse jenseits dieser 20 %. Hintergrund dieser Vorgaben ist das Konzept der „equivalent clearcut area“ (ECA). „Equivalent clearcut area means an indicator that quantifies the percentage of the forested portion of a watershed where the hydrologic response resulting from alteration of the forest by harvesting, fires, insects and disease is equivalent to the hydrologic response of a clearcut“, heisst es in der Central and North Coast Order, March 2009, Consolidated Version, For Communication Only. Von Experten wird dieses Konzept längst nicht mehr verwendet, da es sich in der Praxis als untauglich für den Gewässerschutz erwiesen hat. „Valhally Wilderness Society consultant, hydrologist Allan Isaacson with 25 years experience as a senior hydrologist with the US Forest Service, was on the US Forest Service team that developed the ECA concept. Isaacson says it isn't used any more. The reason is 'it didn't work' to protect watersheds. Isaacson has repeatedly slammed the misuse of this concept by the BC Ministry of Forests“, kommentierte Wayne McCrory diese untaugliche Weiterverwendung.

Für Gebiete mit hoher Bedeutung für den Lebensraum von Fischen ist nur eine Pufferzone um das Gewässer herum mit einer Breite der 1,5 fachen Baumhöhe der höchsten Bäume vorgesehen. Abweichungen bis auf einfache Baumhöhe sind möglich. Bei Gebieten mit „keiner hohen Bedeutung“ für den Lebensraum von Fischen von über einem Hektar Größe müssen sogar nur 90 % der Bäume innerhalb dieser 1,5 Baumhöhen breiten Pufferzone erhalten werden. Abweichungen nach unten, so dass nur 70 % der Bäume innerhalb einer 0,5 Baumhöhen breiten Pufferzone erhalten werden müssen (Gebiete zwischen 0,25 und 1 Hektar Größe), sind möglich. In bewaldeten Sumpfgebieten (forested swamps) müssen als Minimum sogar nur 60 % der Bäume einer 0,5 Baumhöhen breiten Pufferzone erhalten werden, falls der Holzeinschlag ökonomisch unrentabel werden würde. Bei Flüssen in Gebieten mit einer Hangneigung von über 5 % soll zwar 70 % des Waldes im Wassereinzugsgebiet dieser Flüsse erhalten werden, allerdings sind auch hierbei vier Ausnahmen vorgesehen. Selbst in den ohnehin kritischen Überschwemmungsgebieten von Flüssen, sogenannten „active fluvial units“ (active fluvial unit means an active floodplain, where water flows over land in a normal flood event, and includes low

and medium benches and the hydro-geomorphic zone of an active fan) sollen im Regelfall in einer viel zu klein bemessenen, nur 1,5 Baumhöhen breiten Pufferzone noch 10 % der Bäume eingeschlagen werden können. Ausnahmen ermöglichen sogar den Holzeinschlag von 20 % der Bäume in einer verkleinerten, nur noch eine Baumhöhe breiten Rest-Pufferzone. „Soweit praktikabel“ (to the extent practicable) sollen in nicht kahlgeschlagenen Waldgebieten mit 180 Jahre (South Central Coast area) bzw. 250 Jahre alten Bäumen (North Coast area) Lebensräume für Schneeziegen, Grizzlybären, Habichte, Marmelalke und Wintereinstände für Hirsche übrigbleiben. Dies soll dazu dienen, die Artenvielfalt zu erhalten. Die Holzeinschlagsflächen selbst dürfen nach den ministeriellen Verfügungen zum EBM zu 85 % kahlgeschlagen werden, was Greenpeace Canada, Sierra Club of BC und ForestEthics als „lighter touch logging“ bezeichnen. Auf nur 15 % der Fläche muss der Wald erhalten bleiben. In riesigen Kahlschlagsflächen würden so vereinzelt kleine Waldinseln übrigbleiben, die zudem noch schutzlos dem Windbruch ausgeliefert wären. Selbst diese kleinen Waldinseln innerhalb der Kahlschläge werden nicht auf Dauer geschützt. Es ist beabsichtigt, sie – sofern sie nicht ohnehin durch Windbruch vernichtet werden – „langfristig“ zu erhalten, d. h. für wenigstens einen einzigen Rotationszyklus. Betrachtet man die vom Forstministerium angestrebten Kurzumtriebszeiten in den Sekundärwäldern von nur noch 40 bis 50 Jahren, so wird klar, dass von einer langfristigen Erhaltung dieser kleinen Urwald-Inseln nicht die Rede sein kann. Hierbei handelt es sich um bloße Augenwischerei. Nach 40 bis 50 Jahren werden wohl auch diese kleinen Urwaldreste verschwunden sein (Stand level retention is intended to be left long-term (for at least an entire rotation)).

Für Grizzlybären besonders wichtige Lebensräume (Klasse 1 Gebiete) sollen der Zielsetzung nach zu 100 % erhalten werden, von den weniger kritischen Lebensräumen der Bären (Klasse 2 Gebiete) sollen es nur 50 % sein. Diese Zielvorgaben sollten schon ab 30. September 2008 gelten, doch bislang wurde noch keine Übersichtskarte über diese Lebensräume vorgelegt. Das Ministerium muss solch eine Übersichtskarte verbindlich absegnen und es ist zu befürchten, dass die Ausweisung der für Grizzlies wichtigen Lebensräume so lange hinausgeschoben wird, bis die Forstwirtschaft ihre Holzeinschlagspläne durchgesetzt haben wird. Soll ein Waldgebiet kahlgeschlagen werden, so wird das Ministerium dieses kurzerhand weder als Klasse 1 noch als Klasse 2 Gebiet deklarieren.

Biodiversität soll angeblich schon gewährleistet sein, wenn nur 50 % einer natürlich vorkommenden Pflanzengesellschaft erhalten wird und dort, wo es bereits zu über 50 % Holzäcker der Sekundärwälder gibt, sollen diese – wie auch immer – langsam wieder in Urwälder rückverwandelt werden. Sogar Pflanzengesellschaften im Urwald, die schon auf der Roten Liste als ohnehin bedroht geführt werden, dürfen noch zu weiteren 5 % zerstört werden. Die Pflanzengesellschaften der Blauen Liste, für die offiziell eine „besondere Besorgnis“ gilt, dürfen sogar zu 30 % vernichtet werden.

Von ohnehin selten vorkommenden Pflanzengesellschaften bzw. Biotopen im Urwald sollen mindestens 70 % erhalten werden, von den häufiger vorkommenden mindestens 30 %. Eine komplette Bestandsaufnahme über diese Biotope gibt es derzeit überhaupt nicht und deshalb will man sich an den Flächen orientieren, die bereits durch früheren Holzeinschlag verändert worden sind, um festzulegen, wie viel Prozent der bislang übrig gebliebenen Urwaldflächen mit einer bestimmten Pflanzengesellschaft noch kahlgeschlagen werden können. Unklar blieb bislang, wer diese sicherlich sehr aufwendige Inventarisierung des Waldes in verschiedene biogeoklimatische Zonen und Biotope vornahm bzw. noch vornehmen wird und wie groß oder besser gesagt wie klein die Urwaldflächen einmal sein werden, die innerhalb der nach EBM-Regeln forstwirtschaftlich genutzten Flächen tatsächlich

übrig bleiben. Es besteht die Gefahr, dass die Forstfirmen die Inventarisierung unter Mithilfe der beteiligten Umweltschutzgruppen bereits zum eigenen Vorteil vorgenommen haben. Aktuell können oder wollen weder Greenpeace Canada, Sierra Club of BC noch ForestEthics exakte Zahlen angeben, wie groß die Urwaldfläche sein wird, die auch über einen Kurzumtriebs-Zeitraum hinaus einmal übrig bleiben wird. Lediglich in einem im Februar 2009 von R. F. Holt vorgelegten Bericht (Ecosystem-Based Management in the Great Bear Rainforest. Defense for Climate and Species), den die drei Gruppen bei ihr in Auftrag gegeben hatten, wird eine Fläche von 289.000 Hektar genannt: „Modelling full implementation of EBM with parameters that meet low ecological risk and only considering very productive and medium productivity forest types results in 289.000 hectares of forest being maintained as old growth that would not have been maintained under the previous management regime“. Gemessen an der Gesamtfläche von 4,36 Millionen Hektar, auf der Forstwirtschaft nach den EBM-Regeln betrieben werden soll, wären dies gerade einmal 6,6 % an zusätzlich verbleibenden Urwaldflächen innerhalb dieser EBM-Gebiete, ein verschwindend kleiner Anteil.

Es ist zu befürchten, dass die insgesamt erhaltene Urwaldfläche – sowohl innerhalb der Conservancies, der nach EBM-Regeln forstwirtschaftlich genutzten Flächen und der Tourismus- und Bergbaugebiete – deutlich unter den 44 % liegen wird, die das CIT als absolutes Minimum betrachtet, um die Erhaltung des Ökosystems auf Dauer zu sichern und schon diese Minimalfläche von 44 % wird vom CIT als hochriskant eingeschätzt.

Diese Holzeinschlagsregeln nach EBM-Standard dienen fast ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen der finanziell angeschlagenen Forstindustrie, Interessen der First Nations und ökologische Gesichtspunkte werden nur eine nebensächliche Rolle spielen. Leerformelhafte Zielvorgaben verkommen zu bloßen Absichtserklärungen, wenn sie außer Kraft gesetzt werden können, sobald bei deren Einhaltung der Holzeinschlag ökonomisch unrentabel werden könnte. Angesichts der immer schärfer werdenden Krise in der Forstindustrie ist bereits jetzt abzusehen, was von den ökologischen Versprechungen eines Ecosystem-based Managements tatsächlich im Wald einmal eingehalten werden wird. In der Präambel der South Central Coast und der Central and North Coast Land Use Objectives Orders wird bereits vorsorglich festgehalten: „The province is committed to implementing ecosystem based management in a manner that maintains ecosystem integrity and improves human well-being as supported by a viable forest industry. The Land Use Objectives Regulation also requires the provision of an appropriate balance of social, economic and environmental benefits. ... the implementation of ecosystem based management will be monitored and, if monitoring results determine that ecosystem integrity is not being maintained or human well-being improved, this order may be reviewed and amended.“

Einer breiten Mehrheit der Bevölkerung in BC und den aufrichtig gebliebenen Umweltschutzgruppen, die nicht mit der Forstwirtschaft kollaborierten, ist bereits jetzt klar, dass nach diesen EBM-Regeln der größte Teil der Küstenurwälder früher oder später unwiederbringlich zerstört und für die Nachwelt verloren sein wird. Greenpeace Canada betrachtet das Great Bear Rainforest Abkommen als riesigen Erfolg, bezeichnete den Great Bear Rainforest mit großer Naivität als gerettet und sieht auch jetzt in der Implementierung der Regeln eines EBMs zum 31.03.2009 einen grundlegenden Meilenstein, doch langsam wurden Zweifel geäußert. Ende März 2008 kamen Greenpeace Canada, Sierra Club of Canada und ForestEthics überraschend anhand einer Analyse (Holt, R. F. & Rumsey, C. Ecological Baseline Report for the Central and North Coast of British Columbia) zu dem Schluss, dass

bedeutende Teile des Ökosystems im Great Bear Rainforest immer noch akut bedroht sind: „Die Daten für dieses Gebiet zeigen eine klare Lücke zwischen dem gegenwärtigen Stand des Schutzes und dem vollen Wohlergehen des Ökosystems“. Im Oktober 2008 lief schließlich eine neue Kampagne an („Das Versprechen halten“), um Druck auf die Provinzregierung auszuüben, die versprochenen EBM-Regeln Ende März 2009 auch wirklich rechtsverbindlich einzuführen. Der Sierra Club of Canada musste einräumen: „... kritische Ökosysteme im Great Bear Rainforest sind immer noch akut gefährdet. Ikonenhafte Gebiete, in denen die größten Bäume wachsen, stehen auf dem Spiel. Die Provinz muss einen Plan in die Wege leiten, um die Erhaltung dieser kritischen Ökosysteme sicherzustellen. Ohne diesen Plan kann das „Great Bear Rainforest“-Abkommen von 2006 nicht erfolgreich sein“. Greenpeace – ernüchtert vom Alleingang der 3 Gruppen mit der Forstindustrie – stand mit dem Rücken zur Wand und warb plötzlich um die Unterstützung durch alle Bürger und all die anderen Umweltschutzgruppen, die einst schmählich übergangen worden waren: „Solange nicht alle Elemente des Versprechens umgesetzt sind, ist das ökologische Wohlergehen des Regenwaldes wieder in Gefahr. Wir sind so kurz davor, einen der letzten unberührt gebliebenen Regenwälder zu schützen, aber wir brauchen Ihre Hilfe, um die Ziellinie zu erreichen. Helfen Sie uns, der Regierung von BC klarzumachen, dass ein Versprechen ein Versprechen ist.“

Tatsächlich sind die neuen EBM-Regeln gemäß des Versprechens der Provinzregierung und vor allem von Forstminister Bell tatsächlich zum 31.03.2009 in Kraft getreten und somit wurde die nachhaltige Zerstörung des größten Teiles des Pazifischen Küstenurwaldes durch Anwendung dieser Abholzungsregeln gesetzlich ermöglicht. Ob sich Greenpeace Canada, Sierra Club of Canada und ForestEthics diesen Pyrrhus-Sieg dauerhaft auf die Fahnen schreiben oder ob sie irgendwann einmal einräumen werden, einen riesigen Fehler begangen zu haben, indem sie mit der Forstindustrie kollaborierten und einen geradezu mephistophelischen Pakt schlossen, bleibt abzuwarten. Derzeit sieht es nicht danach aus, vielmehr bemühen sich die drei Gruppen in geradezu grotesker Art und Weise, die EBM-Regeln in positivem Lichte erscheinen zu lassen. Eine der skandalösesten Verschleierung von Fakten, um die Einführung der EBM-Regeln zum 31.03.2009 schön zu reden, leisteten sich Greenpeace Canada, ForestEthics und Sierra Club of BC im Artikel „Ecosystem-based Management in the Great Bear Rainforest. Defense for Climate and Species“ vom Februar 2009. Von der Autorin R. F. Holt wurde darin allen Ernstes behauptet: „Increased protection through the implementation of Ecosystem-based Management (EBM) in the Great Bear Rainforest will help counter or ‚mitigate‘ climate change by securing some of the vast amounts of carbon stored in its old growth forest“. Bezogen auf die bereits erwähnten 289.000 Hektar Urwald, die erhalten werden sollen, stellte sie fest: „Even when using the estimated average of 375 tonnes of carbon storage/ha for all productivity types of coastal forest, at least 108 million tonnes of carbon are stored in this area of temperate rainforest. Foregoing harvesting in this area would prevent the loss of approximately 50 % of the area’s carbon storage. Based on a conservative assumption that after harvesting about 23 % of the carbon would remain locked in lumber, logging this area would result in about 153 million tonnes of CO₂ released“. Ein Stück weiter in diesem Artikel heißt es: „Full implementation of EBM would maintain additional old growth forest that stores at least 108 million tons of carbon. This form of lighter touch logging would result in a reduction [Hervorhebung durch den Autor] of carbon dioxide emissions equivalent to three times the annual fossil fuel emissions of British Columbia“. Hier wird zwar mit korrekten Zahlen argumentiert, jedoch wird von einer völlig irrwitzigen Grundannahme ausgegangen: nämlich der kompletten Abholzung aller noch vorhandenen Urwaldflächen innerhalb des EBM-Gebietes. Nur unter dieser Prämisse

lässt sich dann eine „Reduktion“ der CO₂-Freisetzung darstellen, wenn statt einer kompletten Abholzung 289.000 Hektar Urwald übrig bleiben werden. Tatsächlich muss jedoch vom Status Quo ausgegangen werden und derzeit sind große Urwaldflächen der EBM-Gebiete, deren Abholzung die drei Gruppen zugestimmt haben, noch erhalten und dieser aktuelle Stand muss Grundlage aller Berechnungen sein, nichts anderes. Was bewusst verschwiegen wird ist die Größe der EBM-Wirtschaftszone von etwa 4,3 Millionen Hektar und dass hiervon im fiktiven Idealfall nur 700.000 Hektar Urwald erhalten werden sollen. Abzüglich der nicht-bewaldeten Flächen des EBM-Gebietes (Berge, Felszonen, Flussauen, Strandflächen) und der ohnehin bereits abgeholzten Gebiete bleiben – vorsichtig gerechnet – noch aktuell etwa 3,7 Millionen Hektar Urwald übrig. Rechnet man noch die 700.000 Hektar Urwaldfläche ab, die im allergünstigsten Fall in der EBM-Wirtschaftszone erhalten werden sollen, so sind aus aktueller Sicht ca. 3 Millionen Hektar Urwald mit Zustimmung der drei kollaborierenden Gruppen zur 85%igen Abholzung freigegeben, also etwa 2,55 Millionen Hektar. Diese Urwaldfläche enthält unter Verwendung der gleichen Berechnungsgrundlage wie R. F. Holt (375 Tonnen Kohlenstoff pro Hektar) 956,25 Millionen Tonnen Kohlenstoff. Der von den drei Gruppen abgesegnete Kahlschlag dieser Urwälder bedeutet – wiederum unter Verwendung der Berechnungsgrundlage von R. F. Holt (Verlust von 50 % der Kohlenstoffspeicherkapazität einer Fläche durch Holzeinschlag, Speicherung von 23 % des Kohlenstoffes im weiterverwendeten Holz etc.) eine Freisetzung von 1,351 Milliarden Tonnen CO₂. Diese Zahl, die sich aus den von Greenpeace, Sierra Club of BC und ForestEthics abgesegneten Urwaldzerstörungen in der EBM-Wirtschaftszone ergibt, wird von den drei Gruppen der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten. Stattdessen wird fälschlich nicht vom Status Quo (jetzt noch vorhandener Urwald) ausgegangen, sondern ausgehend von einem totalen Kahlschlagsszenario wird der Erhalt von 289.000 Hektar Urwald mit der „Reduktion“ von 153 Millionen Tonnen CO₂-Freisetzung gleichgesetzt. Tatsächlich werden durch die Abholzung der Urwälder im Rahmen des EBM vermutlich 1,351 Milliarden Tonnen CO₂ zusätzlich freigesetzt und nicht – wie die drei Kollaborateure unter Verdrehung der Fakten zu vermitteln versuchen – 153 Millionen Tonnen CO₂ „eingespart“. Durch die großflächige Vernichtung von Küstenurwäldern ist das EBM deshalb entgegen aller Anpreisungen der drei Gruppen, es würde den Klimawandel wettmachen, ausgleichen oder mildern, ein wahrer Katalysator desselben. Jegliche weitere Abholzungen von Urwaldflächen im Küstenregenwald, auch wenn sie nur teilweise erfolgen und mit einem EBM-Etikett verbrämt werden, sind dem Klimaschutz abträglich. Alleine die komplette Erhaltung der letzten noch vorhandenen Küstenurwälder würde dem Klimaschutz dienen, nicht deren Kahlschlag nach EBM-Regeln.

Noch schlimmer stellt sich die katastrophale Auswirkung der von den drei Gruppen mit zu verantwortenden Urwaldzerstörung in den EBM-Gebieten auf die CO₂-Bilanz dar, wenn man in Berechnungen nicht wie R. F. Holt lediglich die durchschnittlichen 375 Tonnen Kohlenstoffspeicherung pro Hektar Küstenregenwald zugrunde legt, sondern die 600 bis 1300 Tonnen pro Hektar, wie sie J. A. Trofymow und B. A. Blackwell z. B. für Urwaldgebiete auf Vancouver Island nachgewiesen haben. Insgesamt grenzt der Versuch, das EBM als Beitrag zum Klimaschutz anzupreisen angesichts der drohenden Freisetzung von 1,351 Milliarden Tonnen CO₂ an eine vorsätzliche Irreführung der Öffentlichkeit und hat vermutlich nur ein Ziel: ein für den Küstenregenwald katastrophales Verhandlungsergebnis verschleiern zu helfen. Längst zeigen Studien wie z. B. von S. J. Wilson und R. J. Hebda (Mitigating and adapting to climate change through the Conservation of Nature, 2008), dass die Erhaltung der letzten Küstenurwälder der effektivste und auch für die Allgemeinheit der ökonomischste Weg für den Klimaschutz ist und nicht deren Kahlschlag nach

EBM-Regeln, so sehr die drei Gruppen dies auch zu suggerieren versuchen. Wayne McCrory von der Valhalla Wilderness Society bezieht in seinem Kommentar zur Central and North Coast Order zusammenfassend eine klare Position: „Clearcuts offer the least resiliency and carbon storage values. Intact forests provide greater value for carbon sequestration and storage than cutover forests (Wilson and Hebda, 2008). BC forests have some of the highest carbon stores in Canada ... This stored carbon is worth an average of \$1.072 per hectare. Trees are now worth more standing than cut down. If the government and other parties who negotiated this EBM Order truly understood the degree of danger our world faces from climate change, we would not be logging our old-growth forest“ (Comments on Proposed Amendments to Land Use Objective, in the Central and North Coast Order for Ecological Based Management, February 14, 2009).

Viele Wissenschaftler und all die unabhängig gebliebenen Umweltschutzorganisationen betrachten es als Tragödie, dass neben den nach EBM-Regeln zu verwüstenden Wäldern und den Bergbau- und Tourismus-Nutzungsgebieten im nördlichen Teil des Great Bear Rainforest nur 24 % geschützte Gebiete erhalten werden sollen und im zentralen Küstenabschnitt nur 29 %. Nachdem Ex-Forstminister Coleman die Ära der Ausweisung neuer Schutzgebiete schon im Juni 2008 für endgültig beendet erklärt hatte, kündigte Premierminister Campbell angesichts der Krise in der Forstindustrie auf der jährlichen Truck Loggers Association-Tagung im Januar 2009 an, dass die Provinz zukünftig nach Wegen suche, „kommerzielle Waldreservate“ (Commercial Forest Reserves) einzurichten, in denen Holzeinschlag und erntegerechte Neupflanzungen Priorität haben. Es soll sichergestellt werden, dass Waldflächen als Schutzgebiete für die Interessen der Forstwirtschaft geschaffen werden und nicht für andere Zwecke, z. B. für den Naturschutz, verloren gehen.

Vor den nicht von den Forstkonzernen korrumpierten Umweltschutzorganisationen liegt viel Arbeit, um vom letzten verbliebenen Küstenregenwald der gemäßigten Zonen doch noch einen größeren Teil als jetzt vorgesehen schützen zu können, ehe er den Kettensägen zum Opfer fällt. Hierbei benötigen sie jede nur erdenkliche internationale Unterstützung, um ihre Arbeit zum verbesserten Schutz dieses einzigartigen Ökosystems fortsetzen zu können. Vielleicht können das Buch „Der Regenwald der weißen Bären“ und die Informationen dieser website einen Beitrag dazu leisten, dass ihre Schutzbemühungen eine breite Resonanz finden, dass die internationale Unterstützung für die Erhaltung des pazifischen Küstenregenwaldes wächst und der Druck auf die aktuelle wie auch auf zukünftige Provinzregierungen von BC dazu führt, diese wundervollen und kostbaren Ökosysteme für zukünftige Generationen zu erhalten.